



Polen-Pressespiegel 29/2022 vom 21.07.2022

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- Lewicka: PiS hat uns an den Rand des Abgrunds gebracht. Wir alle werden für dieses Regieren mit Massenverarmung bezahlen
- Die polnische Wirtschaft ist krank, sie hat Fieber und Schüttelfrost. So sieht das Szenario für den Herbst und das nächste Jahr aus
- Probleme mit ukrainischem Getreide in Polen? „Es gibt etwas, über das nicht gesprochen wird“
- Internationaler Bericht. Das Gemetzel von Wolhynien und der Blutsonntag. Wie wird das Thema heute behandelt?
- Die Postboten werden schießen. Die polnische Post führt ein Programm „Zu den Waffen“ für ihre Mitarbeiter ein
- Brüssel: Zu viel Macht in den Händen von Ziobro

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche

Lewicka: PiS hat uns an den Rand des Abgrunds gebracht. Wir alle werden für dieses Regieren mit Massenverarmung bezahlen



Karolina Lewicka

Quelle: natemat.pl

Von **Karolina Lewicka**

Adam Glapinski [Präsident der polnischen Nationalbank] ist zufrieden. Vor allem mit sich selbst, aber auch mit der Situation im Lande. „Ich rechne nicht mit einer Rezession in Polen“, erklärte er nur eine Woche nach der Veröffentlichung des Indikators PMI, der den Zustand der polnischen Industrie bestimmt, und diesmal signalisierte er, dass eine Rezession bevorstehe. Nun, aber der Präsident der NBP wird auf Nowogrodzka [Zentrale der PiS] angehört und diese sollte mit keiner Schwarzmalerei traurig gemacht werden.

Deshalb hat Glapinski fleißig seine Hausaufgaben über das aktuelle Narrativ der Regierungspartei gemacht und einen Frontalangriff auf Donald Tusk gestartet. Ein weiterer Besessener ist also da. Tusk und die Kritik an dem Präsidenten der polnischen Nationalbank aus fachlichen und politischen Kreisen beschäftigt Glapinski. Und darüber hinaus: Er ist guten Mutes. Die Inflation erreichte in den Ferien ihren Höhepunkt, wird dann zurückgehen und erreicht im Jahr 2024 wieder das Inflationsziel von 2,5 % plus/minus ein Prozentpunkt. Es wird gut werden. Das ist es, was Glapinski, Morawiecki und der Rest dieses Lagers uns vermitteln wollen. Und Andrzej Duda fügt hinzu, dass wir optimistisch sein sollten, obwohl wir gleichzeitig auch die Zähne zusammenbeißen sollten.

Aber die Dinge können nicht gut sein, nicht nur, weil die von der Wirtschaft ausgehenden Signale nicht viel Grund zum Optimismus geben. Das kann aus systemischen Gründen nicht gut sein. PiS ist eine

populistische Gruppierung, und solche Gruppierungen führen ein Land per definitionem in den Abgrund. Und brechen in der Regel erst dann zusammen und hinterlassen verbrannte Erde und Ruinen. Als Juan Peron 1946 sein Amt als Präsident antrat, war Argentinien ein reiches Land, das nach einem Jahrzehnt seiner Herrschaft am Rande des Bankrotts stand. Es gab Ressentiments gegenüber den Reichen, es gab hohe Sozialleistungen, es gab Renten ab 55, und es gab eine trotzige Evita mit Geschenken, die die Slums besuchte wie eine Heilige des 20. Jahrhunderts. Und es gab viel zu verschenken, denn die Staatskasse war voll. Nur bis dahin.

Venezolanische Bürger hingegen wurden leicht zu Millionären. Erst im vergangenen Jahr hatte die venezolanische Zentralbank den Ein-Millionen-Bolivar-Schein eingeführt, um „die derzeitige Währungsstruktur zu optimieren und sie an die Bedürfnisse der nationalen Wirtschaft anzupassen“. Im Klartext: Damit Sie morgens nicht mit einer Tüte Geld zum Brotkaufen gehen müssen. Das sind die Auswirkungen der Regierungen von Chavez und Maduro, populistischen Präsidenten. Während ihrer Herrschaft mussten sich 60 % der Bevölkerung vom Staat unterstützen lassen. Was erwartet uns nach der PiS? Ein Desaster. Leszek Balcerowicz zufolge ist die Wirtschaft in einem solchen Zustand, dass „eine gewöhnliche Parteiregierung nicht in der Lage sein wird, mit der Situation fertig zu werden, die sich uns bietet“. Das liegt daran, dass Populisten von den Gesetzen der Wirtschaft abstrahieren und obendrein in der Regel unfähig sind. Sie werden nichts verbessern, sie können höchstens etwas durcheinanderbringen.

Im Jahr 2017 sagte die damalige Ministerpräsidentin Beata Szydło im Plenum des Parlaments, dass es ausreiche, „wenn man nicht stiehlt“. Aber die PiS plündert aus, so viel wie möglich. Sie sagte, dass „es reicht, effektiv zu regieren“. Aber die PiS ist nicht in der Lage, uns die gigantischen Gelder aus dem EU-Wiederaufbaufonds zu besorgen. Wir wissen jedoch, dass eine kreative Buchhaltung und Finanz-Engineering vorherrschen und dass der Stand der Staatskasse in Wirklichkeit unbekannt ist und der parlamentarischen Kontrolle entzogen (weil einige Ausgaben außerhalb des Haushaltes getätigt wurden). Sie sagte: „Es reicht aus, das Vermögen des Staates klug zu verwalten“. Wir wissen aber, dass die staatlichen Unternehmen unter PiS ihren Wert verloren haben (nach Schätzungen vom letzten Jahr ist das Vermögen der Staatskasse in den Unternehmen innerhalb von sechs Jahren um 100 Milliarden Zloty geschmolzen), weil sie von Heerscharen der Parteaktivisten gemolken und mit der Umsetzung der Parteiziele betraut werden (siehe *Orlen* als Herausgeber der Lokalpresse). Und schließlich hat Beata Szydło vor fünf Jahren gesagt, dass „es ausreicht, diejenigen zu unterstützen, die einen großen Beitrag zur Entwicklung der Wirtschaft leisten - die Unternehmer“. Aber die Unternehmer sind unter dieser Regierung eine regelrecht verfolgte Gruppe geworden, wofür der jüngste und unwiderlegbare Beweis *Polski Ład* [Polnische Ordnung] ist. Schließlich sind Unternehmer und Berufstätige keine Zielgruppe für einen Populisten.

So wie Adam Glapiński sich vor allem darauf konzentriert, seine verlorene Ehre zu verteidigen, konzentriert sich die PiS darauf, immer mehr Schuldige für die aktuelle Situation zu finden. Für die Inflation ist das Wuhan-Virus schuld und Wladimir Putin (das stimmt nur zum Teil), das Fehlen von Milliarden Euro ist in der Verantwortung von Brüssel, das – so der Europaabgeordnete Marek Suski – Polen verschiedene „Aufgaben“ stellt, nur um am Ende zu sagen: „Ihr bekommt das Geld nicht, weil ihr nicht alles erfüllt“. Alle Plagen Ägyptens werden der „totalen Opposition“ angelastet, für die, wie der Premierminister argumentiert, „je schlimmer, desto besser“ ist, weil sie im Stillen hofft, dass „die PiS-Regierung mit der Situation nicht fertig wird“. Schuld daran, dass *Polski Ład* nicht zustande gekommen ist, ist... Jarosław Gowin, wie Jarosław Kaczyński der Öffentlichkeit mitteilte.

Auch er machte für den Mangel an Wohnraum, der den Polen versprochen wurde, „das Bauträgersystem verantwortlich, das in den frühen 1990er Jahren geschaffen wurde und einigen sehr kleinen Gruppen riesige Gewinne bescherte“. Und jedes Desaster wird ausnahmslos Donald Tusk angelastet. Außerdem ist die Angelegenheit erledigt, die PiS hat saubere Hände und ein großzügiges Herz. Nur, dass die bösen Menschen die Partei beharrlich behindern.

Die PiS hat uns an den Rand des Abgrunds geführt, das ist die eine Sache. Zweitens hat sie weder die Idee, noch den Willen, noch das Personal, noch die Fähigkeit, uns in sichere Positionen zurückzubringen. Wir alle werden für diese Regierung mit Massenverarmung bezahlen.

Zwar rief Andrzej Duda bei einem Treffen mit den Bürgern des Bezirks Leipzig dazu auf, „ruhig zu bleiben“, denn wir (die Regierung) „beobachten und versuchen, den Inflationsdruck zu minimieren“. Nun ja, aber der Präsident hat schließlich Kost und Logis auf Kosten aller Bürger, da ist es kein Wunder, dass ihn seine gute Laune und sein Hang zum Späßchen nicht verlassen.

Karolina Lewicka

Zsfg.: JP

<https://natemat.pl/424606.pis-doprowadzil-nas-na-skraj-przepasci-zaplacimy-za-te-rzady-zubozeniem>



www.mleczko.pl

ICH MÖCHTE SIE WARNEN,
DER ZWEITE GANG HAT BEREITS
EINEN NEUEN PREIS.

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:
<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>

Die polnische Wirtschaft ist krank, sie hat Fieber und Schüttelfrost. So sieht das Szenario für den Herbst und das nächste Jahr aus



Quelle: wyborcza.biz

Dieser einminütige Mix aus dem Auftritt von Dr. Bogusław Grabowski (Wirtschaftswissenschaftler, ehemaliges Mitglied des Rates für Währungspolitik) in der Sendung „Gespräche von Piasecki“ auf TVN 24 ist derzeit ein Twitter-Hit.

„Es stehen uns harte Zeiten bevor, viel schlimmer als früher. Für alle. Und die Sparer werden ihr Geld noch schneller verlieren, vor allem, wenn sie ihr Geld in Fremdwährungen umrechnen, weil der Złoty schwächer wird. Für die Kreditnehmer, weil sie mit noch höheren Zinssätzen konfrontiert werden. Hinzu kommt eine dauerhaft hohe Inflation“, sagte Grabowski.

„Wer trägt die Schuld daran?“

„Die Sünden der Regierung und des Rates für Währungspolitik machen 90 Prozent aus. Sie haben sich meiner Meinung nach für eine Strategie entschieden, die besagt, dass sie die Inflation bis zu den Wahlen nicht ernsthaft bekämpfen werden, aber sie sind sich nicht bewusst, dass sie mit dem Wechselkurs des Złoty in eine totale Falle tappen werden. Wir sind jetzt völlig wehrlos gegenüber dem, was auf uns zukommt. Daran ist ausschließlich die Regierung schuld!“

„Frau Rzeczkowska (Finanzministerin) spricht mit Herrn Glapiński (Chef der Nationalbank), und der Premierminister wird von seinem Chefberater Herrn Suski und dem stellvertretenden Premierminister für

wirtschaftliche Angelegenheiten, Herrn Sasin, beraten. Fühlen Sie sich damit sicher?“, fragt der Wirtschaftswissenschaftler.

Was ist mit unserer Wirtschaft los?

Die polnische Wirtschaft hat Fieber. Ihr Symptom ist die Inflation, die im Juni 15,6 Prozent betrug. Krank war sie seit vielen Monaten, und jetzt beginnt diese Infektion, ernsthaft anzugreifen. Unser Lebensstandard beginnt langsam zu sinken. Kleine Einkäufe beim Discounter Biedronka sind teuer. Ein Besuch an der Tankstelle ist wie Roulette – man weiß nicht, wie viel man diesmal für einen Liter Kraftstoff bezahlen wird. Mateusz Morawiecki wiederholt, denn was kann er schon wiederholen, dass die hohe Inflation nicht seine Schuld ist. Seiner Ansicht nach ist dies das Ergebnis externer Faktoren: Krieg, Energiepreise, Nahrungsmittelknappheit auf dem Weltmarkt. Aber betrachten wir die Sache einmal kühl.

Woher kommt die hohe Inflation?

Normalerweise wird die Inflation so bekämpft, dass der Rat für Währungspolitik die Zinssätze anhebt. Er tut dies, um Geld vom Markt zu nehmen, das zu viel ist. Wenn die Zinssätze steigen, nehmen die Menschen und Unternehmen weniger Kredite auf, die Einlagen steigen ebenfalls, sodass mehr Geld in die Banken fließt. Jetzt funktioniert das überhaupt nicht mehr. Warum nicht? Weil die Regierung ständig neues Geld auf den Markt wirft.

Der Inflationsschutzschild (u. a. Senkung der Mehrwertsteuer auf Kraftstoffe und Lebensmittel, Schutzzulagen) – kostet 34 Mrd. Złoty.

Senkung der Einkommensteuer von 17 auf 12 Prozent. - ca. 7,5 Mrd. Złoty (dabei handelt sich um Änderungen am Programm „Polnische Ordnung“, das von der politischen Nomenklatur als „Anti-Putin-Schild“ bezeichnet werden). Und schon bald wird die 14. Monatsrente in Höhe von 12 Mrd. Złoty ausbezahlt.

In diesem Kontext klingt eine kürzlich abgegebene Erklärung der Ministerin für Familie und Sozialpolitik, Marlena Małąg, amüsant und erschreckend zugleich: „Auch die Auszahlung der vierzehnten Monatsrente in diesem Jahr ist unsere Antwort auf die Inflation, denn obwohl sie von außen kommt, bekämpfen wir sie in vielen Bereichen.“ Dies wurde schnell paraphrasiert in: „Die vierzehnte Monatsrente ist unsere Antwort auf die Inflation. Ein halber Liter Wodka ist meine Antwort auf den Alkoholismus“.

Die Regierung erklärt ja, dass die Preise steigen wegen Krieg, Öl, Gas usw. (beliebig einfügen). Derweil sind die Ölpreise hoch, aber auch auf dem gleichen Niveau wie 2014. Auch ohne den Krieg in der Ukraine wäre die Inflation in diesem Jahr hoch gewesen. Es wären vielleicht 8, vielleicht 9 oder vielleicht 10 Prozent gewesen.

Als sich im letzten Herbst abzeichnete, dass die Regierung die Kontrolle über die Inflation verloren hatte, sagten uns Morawiecki & Co. die Schuld daran trage ... die Europäische Union. Eine Union, die einen Green Deal einführt, eine Union, die seltsame Forderungen stellt, eine Union, die die Besonderheiten Polens nicht versteht.

Die Tatsache, dass die derzeitige Regierung den Kampf gegen die Inflation verliert, ist darauf zurückzuführen, dass die Wirtschaft konsumsüchtig ist (darauf basiert die Technologie der PiS-Regierungen - die Massen Leben gern im Augenblick).

Grabowski hat Recht, wenn er sagt, dass auch der Rat für Währungspolitik, der im Dienste der Regierung stand und steht, schuld daran ist, dass die Inflation lange Zeit nicht bekämpft wurde, denn das hätte sich auf die Umfragewerte der PiS auswirken können.

Schuld daran ist das Gelddrucken während der Pandemiezeit. Schließlich sind es die Auswirkungen der Inflationserwartungen der Gesellschaft (niemand ist überrascht, dass alles teurer wird, jeder erwartet es sogar) und die Lohnspirale - das Lohnwachstum lag bis vor Kurzem über der Inflation.

Wann wird die Inflation zurückgehen?

Die Prognosen der Polnischen Nationalbank sehen wie folgt aus: Die Inflation wird in diesem Jahr 14,2 Prozent betragen, im nächsten Jahr 12,3 Prozent und im Jahr 2024 - 4,1 Prozent. Nur, dass die Vorhersagen der Nationalbank schon seit geraumer Zeit einer Stand-up-Comedy ähneln, noch dazu einer nicht gelungenen.

Die Bank legte am Dienstagmorgen ihren Juli-Inflationsprognosebericht für die nächsten zwei Jahre vor und schätzte, dass die Inflation Ende 2022/2023 einen Höchststand von 19 Prozent erreichen würde. Währenddessen sagte Adam Glapiński einen Inflationshöhepunkt für Juli/August dieses Jahres voraus, und die Vizepräsidentin der Nationalbank, Marta Kightley, äußerte sich ähnlich. Dieses kommunikative Gestammel ist zum Teil darauf zurückzuführen, dass noch nicht offiziell bekannt ist, wann die Inflationsschutzmaßnahmen außer Kraft treten (die Antwort lautet: sicherlich nicht vor den Wahlen).

Die Prognosefähigkeiten des derzeitigen Regierungsteams sind praktisch nicht vorhanden, oder - wenn man es so mag - es werden absichtlich Informationen veröffentlicht, die nicht deckungsgleich mit der Realität sind. Es genügt, sich daran zu erinnern, dass das Finanzministerium im Haushaltsplan für dieses Jahr von einer Inflationsrate von 3,3 Prozent ausgegangen ist, und zwar absichtlich, weil es wusste, dass sie höher sein würde (eine hohe Inflation bedeutet höhere Einnahmen für den Haushalt, weil beispielsweise die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer auf sich ständig verteuerte Waren wachsen).

Auch hier gilt, kühn betrachtet: Wir wissen nicht wirklich, wann der Höhepunkt der Inflation erreicht sein wird. Gegenwärtig gibt es Spekulationen, dass sie im nächsten Jahr 20 Prozent überschreiten könnte (oder sogar einen Höchststand von 26 Prozent erreichen könnte, wie vom Bund Leviathan prognostiziert). Nichts ist sicher. Außer vielleicht, dass es nicht ein, nicht zwei, sondern drei oder vielleicht fünf Jahre dauern wird, um die Inflation von rund 20 % zu senken. Und das - wenn wir Glück haben. Warum?

PiS hat keine Idee, wie sie mit der Inflation zuretkommen soll

Die Regierung hat die Kontrolle über das Geschehen verloren. Sie schaut hilflos zu. Aber auch die Opposition hat keine Idee. Die Politiker sind von diesem Problem schlicht überfordert.

Macht erhält man heutzutage von Jarosław Kaczyński als Geschenk, während auf der anderen Seite die Karten von Donald Tusk verteilt werden. Zwei alternde Hegemonen, die inzwischen in der Lage sind, alles zu versprechen, nur um ihre Macht zu behalten/zu erhalten.

Der Wahlkampf für die Parlamentswahlen hat begonnen. In den letzten Jahren hat die polnische Politik eine zuverlässige Wendung genommen. Um eine Wahl zu gewinnen, muss man etwas geben - am besten Bargeld direkt in die Hand.

Morawiecki wirft nun mit verschiedenen Ideen um sich: 700 plus, regulierte Preise für Grundnahrungsmittel, mehr Zulagen zur Bekämpfung von Verteuerungen.

Die Opposition heizt dieses Wunschkonzert an - denn mit dem Versprechen von Opfern und Steuererhöhungen gewinnt man heute keine Wahlen mehr. Niemand wird gegen den Strom der öffentlichen Meinung schwimmen, weil er nicht selbstdorfgefährdet ist. Und es gibt keine guten Lösungen mehr, nur mehr und weniger schmerzhafte.

Die Politiker werden daher die Realität beobachten, indem sie mit der einen Hand weitere Złoty-Bündel in den Inflationsofen werfen und mit der anderen Hand Brandsalbe (verschiedene Anti-Inflationsschutzschilde und -zulagen) verabreichen.

Es könnten auch noch Ereignisse auf uns zukommen, die bis vor Kurzem noch unvorstellbar waren. Aufgrund von Gas-/Kohleproblemen könnte es im nächsten Jahr zu Stromausfällen kommen, zu Unterbrechungen bei der Beheizung von Häusern im Winter, zur Schließung kommunaler Schwimmbäder (um Energie zu sparen) - ein Katalog ähnlicher Maßnahmen ist plötzlich unendlich geworden.

5 Złoty für einen Franken, Dollar oder Euro?

Der Złoty ist seit Wochen schwer angeschlagen. Er ist eine der schwächsten Währungen der Schwellenländer. Er befindet sich hier in Gesellschaft des ungarischen Forint und der türkischen Lira. Unnötig zu erwähnen, dass dies keine gute Gesellschaft ist. Und es gibt keine Anzeichen dafür, dass sich daran etwas ändern wird.

Am Mittwoch kostete ein Dollar 4,82 - Mitte Februar waren es 3,95 Złoty; ein Schweizer Franken lag bei 4,91 - Mitte Februar lag er bei 4,28 Złoty; ein Euro lag bei 4,83 - Mitte Februar lag er bei 4,49 Złoty. 5 Złoty für einen Franken, Dollar oder Euro? Dies ist nicht länger ein Science-Fiction-Szenario.

Und nein, dies ist nicht nur ein Problem für Menschen, die jetzt im Ausland Urlaub machen wollen. Einführen werden bei einem Preis von etwa 4,70 € unrentabel. Werden die Exporteure jubeln? Nicht unbedingt. Wir importieren nicht nur Tintenfisch, Gas und Öl, wir importieren außerdem eine Menge Dinge, nur um sie für die Herstellung von Exportprodukten zu verwenden. Dies wird Unternehmen treffen, die komplexere Waren herstellen. Für sie werden die Exporte plötzlich sehr viel unrentabler werden. Und bei einem Niveau von, sagen wir, 5 Złoty pro Euro verschwindet der Wettbewerbsvorteil der polnischen Unternehmen.

Das ist jedoch ein volkswirtschaftliches Problem. Aus Verbrauchersicht sollten wir uns auf große Preisänderungen bei importierten Produkten einstellen. Im Herbst werden wir völlig neue Preise sehen. Nicht nur für Lebensmittel oder Medikamente, sondern zum Beispiel auch für Elektronik oder Haushaltsgeräte. Und nächstes Jahr - hier sind die Verträge langfristig – für Kleidung, Schuhe usw. Wenn also jemand einen Bedarf in diesem Bereich hat: einen Fernseher, eine Kaffeemaschine, ein Telefon, usw. - jetzt ist der richtige Zeitpunkt.

(...)

Rezession und Stagflation stehen bevor

Die Motoren, die unsere Wirtschaft angetrieben haben, stehen still. Die deutsche Wirtschaft - unser größter Handelspartner - hat Probleme. Die Höhe der Investitionen in Unternehmen ist rückläufig. Denn es lohnt sich, Geld nur für Dinge auszugeben, die eine höhere Rendite als die Inflation bringen. Unter den PiS-Regierungen funktionierte unsere Wirtschaft so, dass die Menschen Geld bekamen, das sie sofort ausgaben. Es folgte ein Wirtschaftswachstum. Es ist jedoch viel gesünder, wenn das Wachstum durch Investitionen der Unternehmen entsteht. Aber die Investitionen unter den PiS-Regierungen sind auf einem Rekordtief.

Nun hat die Inflation dazu geführt, dass wir jeden Monat weniger ausgeben. Dies wird eine Rezession auslösen, die wahrscheinlich Ende des dritten oder Anfang des vierten Quartals dieses Jahres eintreten wird (d. h. die Wirtschaft wird schrumpfen, anstatt zu wachsen). Auch eine Stagflation, eine Kombination aus Rezession und hoher Inflation, ist vorübergehend wahrscheinlich. Die Prognose der Nationalbank für das BIP-Wachstum? Dieses Jahr: 4,7 Prozent, nächstes Jahr: 1,4 Prozent, 2024: 2,2 Prozent. Wenn das Wirtschaftswachstum rachitisch wird, kann die Arbeitslosigkeit wieder auftauchen.

Natürlich freute sich die Ministerin für Familien- und Sozialpolitik, Marlena Małąg, vor einigen Tagen, dass die registrierte Arbeitslosenquote im Juni bei 4,9 % lag. Dies ist der niedrigste Stand dieses Indikators seit 1989. Dieser Zustand kann jedoch nicht aufrechterhalten werden.

Etwas Positives zum Schluss? Es deutet wenig darauf hin, dass wir ein „zweites Griechenland“, eine „Türkei“ oder ein „Argentinien“ erleben werden.

Wir werden jedoch ärmer sein als zuvor. Und zwar erheblich. Die fetten Jahre sind bereits vorbei. Die mageren Jahre stehen bevor.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.biz/biznes/7,179195,28685280,polska-gospodarka-jest-chora-ma-goraczke-i-dreszcze-oto-scenariusz.html>

Probleme mit ukrainischem Getreide in Polen? „Es gibt etwas, über das nicht gesprochen wird“



Quelle: onet.pl

Interview mit Zbigniew Karaczun, Ph. D., Professor an den Warschauer Naturwissenschaftlichen Universität, Experte der Klimakoalition

Kamil Turecki, Onet: Ich stelle einige Widersprüche im Diskurs über Lebensmittel, insbesondere Getreide, fest. Einerseits wird davor gewarnt, dass Europa das Getreide ausgehen könnte und daher viele Produkte knapp oder sehr teuer sein werden, und das alles wegen der Plünderung des Getreides durch Russland und der Besetzung der ukrainischen Felder. Andererseits räumte Monika Pieńkowska, Präsidentin der Getreide- und Futtermittelkammer, in einem Interview mit der Zeitung *Dziennik Gazeta Prawna* ein, dass an der ukrainisch-polnischen Grenze fast 17.000 Wagons auf ihre Abfertigung warten, von denen jeder fünfte ein Waggon mit Getreide ist. Wie ist das nun eigentlich?

Dr. Zbigniew Karaczun: Es handelt sich dagegen um weniger als 3,5 Tausend Wagons mit Getreide, also etwa 200 Tausend Tonnen. Das ist keine alptraumhaft große Menge, denn Polen produziert jährlich etwa 28 Millionen Tonnen Getreide. Ich sage Ihnen ganz offen, dass es Europa nicht an Weizen und Getreide mangeln wird. Dieses Problem betrifft nicht so sehr unseren Kontinent, sondern Afrika und den Fernen Osten, einschließlich Indonesien und die Philippinen. Dies sind Länder, die hauptsächlich von der Ukraine exportiertes Getreide erhalten haben. Europa ist grundsätzlich autark.

Was ist mit Polen?

Dies wird zu einem Rückgang der polnischen Getreidepreise führen.

Das heißt, der Preis für einen Laib Brot wird fallen. Nur ist dies wahrscheinlich eine illusorische These.

Vielleicht wird der Brotpreis niedriger werden, aber das Problem wird so groß sein, dass viele Betriebe in Konkurs gehen werden ...

...mit der Folge, dass z. B. der Preis für Brot letztendlich steigt.

Es handelt sich also um eine kurzfristige Lösung. Der Kunde wird sich nicht allzu lange an den niedrigen Preisen erfreuen können. Der Herbst und der Winter mögen zwar nicht so schlimm sein, aber im nächsten Jahr könnte es einen Mangel an Weizen geben. Es wird zu einer Getreideknappheit kommen, weil die polnischen Landwirte, die in diesem Jahr nicht das erwartete Einkommen erzielen werden - weil das Getreide aufgrund der Überschüsse aus der Ukraine billiger sein wird -, kein Geld für den Kauf von Saatgut und Düngemitteln haben werden. Wissen Sie, wovon wir dann bedroht sind? Das könnte den gesamten Markt durcheinanderbringen! Ich hoffe jedoch, dass dies nur ein „wenn“ ist, denn ukrainisches Getreide sollte nicht in Polen bleiben.

Wie können diese Probleme also gelöst werden, solange es noch nicht zu spät ist?

Ich denke, es ist notwendig, nach grundlegenden Lösungen zu suchen. Es geht um die Verantwortung des Staates, denn er hat die richtigen Dienste und die richtigen Fähigkeiten, um dies zu tun. Die Rolle des Staates sollte darin bestehen, sowohl der Ukraine als auch unseren Bürgern, unseren Landwirten, zu versichern und zu garantieren, dass die Tonnen Getreide, die die Ukraine schließlich verlassen, nicht in Polen bleiben, sondern nur unser Land durchqueren und das ukrainische Getreide dorthin exportiert wird, wohin es gehen soll.

Es ist auch in unserem Interesse, dass es in Nordafrika keine Ernährungsprobleme gibt und dass sich die Ereignisse von 2015 nicht wiederholen, d. h. Massenmigrationen von Menschen aus diesen Gebieten, die einfach nichts zu essen haben und nach Europa fliehen werden. Dies könnte zu einer weiteren Krise führen. Aus diesem Grund ist die Bekämpfung der Nahrungsmittelknappheit in Afrika ein Bereich, den die polnische Diplomatie in Zusammenarbeit mit unseren Partnern aus der Europäischen Union aktiv verfolgen sollte.

Wer steckt dahinter, dass ukrainisches Getreide in unserem Land ausgebreitet wird, am häufigsten zum Beispiel in den östlichen Gebieten?

Ich weiß nicht, und ich weiß nicht, welches Ausmaß diese Ausbreitung hat, ob es sich nur um die Ängste unserer Landwirte handelt oder um ein echtes Problem. Was ich weiß, ist, dass immer häufiger davon die Rede ist, Weizen in Polen zu kaufen, nicht deshalb, damit er einfach da ist, nicht nur als Lebensmittel, sondern als Ersatz für ... Kohle und zur Verwendung des Weizens zum Heizen von Häusern.

Wie bitte? Afrika kann große Probleme haben, an Getreide und Lebensmittel zu kommen, und wir sollen Weizen verbrennen?

Wenn so etwas passieren würde, wäre es moralisch verwerflich. Deshalb möchte ich noch einmal betonen, dass die Regierung, die öffentlichen Behörden, dafür verantwortlich sind, dass das ukrainische Getreide nicht in Polen bleibt, sondern zu den Abnehmern gelangt, die es wirklich dringend brauchen, und dass auch unser heimischer Markt nicht gestört wird.

Wie sollte die staatliche Verwaltung denn vorgehen?

Ich bin der Meinung, dass Verkehrskorridore geschaffen werden sollten. Bitte beachten Sie jedoch noch einen weiteren, wenn auch sehr wichtigen Punkt. Polen und die Ukraine haben unterschiedliche Schienenbreiten in ihren Ländern. Dies stellt eine zusätzliche Komplikation dar. Daher sollte der Umschlag auf der ukrainischen Seite erfolgen. Die Wagons sollten versiegelt und über einen Schienenkorridor von der

Grenze zu den Häfen in Nordpolen geleitet werden. Dort würde das Getreide dann auf Schiffe umgeschlagen werden.

Sie erwähnten jedoch verschiedene Schienenbreiten. Wie schafft man dann solche Transportkorridore?

Es gibt verschiedene Methoden, um dies zu erreichen. Die Achsen der Wagons werden an westeuropäische Standards angepasst. Das ist machbar.

Und was ist das andere Problem, das Sie erwähnen?

Es handelt sich auch um ein landwirtschaftliches Thema, das mit Düngemitteln zu tun hat. Dies ist ein Thema, das überhaupt nicht diskutiert wird. Einer der größten Hersteller und Exporteure von Stickstoffdüngern, auch nach Polen, ist und war Russland. Wir haben ein Embargo, wir haben unsere Käufe von dort eingestellt, und ich sehe keine andere Möglichkeit, wie wir die Lücke kurzfristig schließen können. Polen verfügt zwar über eine gut entwickelte chemische Industrie, die Düngemittel herstellt, doch wird es schwierig sein, die Produktion kurzfristig erheblich zu steigern. Wir müssen auch bedenken, dass die Herstellung von Düngemitteln, insbesondere von stickstoffhaltigen Düngemitteln, mit einem enormen Energieverbrauch verbunden ist, vor allem von Gas.

Und hier lässt Moskau wieder schön grüßen.

So ist es. Ich denke, dass dies nicht nur für Polen ein Problem sein wird. Wir, ich denke hier an die polnischen Landwirte, sind bereits in Schwierigkeiten. Die Preise für einige Düngemittel sind um bis zu 300 Prozentpunkte gestiegen. Dies könnte sich nun auch auf ganz Europa ausweiten. Hinzu kommt noch die hohe Inflation, insbesondere in Polen. Bitte bedenken Sie auch, dass die Landwirte die soziale Gruppe sind, die am stärksten von der Inflation betroffen ist, da sie ihre Ernte hauptsächlich im Herbst verkaufen und das Geld, das sie mit diesen Verkäufen verdient haben, im Frühjahr letztlich weniger wert ist.

Was passiert, wenn es keine Düngemittel gibt?

Selbst wenn sie nicht knapp sind und an den Verkaufsstellen zur Verfügung stehen, kann es sein, dass die Kosten für Düngemittel so hoch sind, dass die Landwirte nicht in sie investieren, weil sie nicht sicher sind, dass sie ihre Ernten zu einem angemessenen Preis verkaufen können. Wenn sie nicht in Düngemittel investieren, werden die Erträge geringer ausfallen, der Boden wird unfruchtbar und in einigen Jahren werden wir eine Missernte haben.

Und das wiederum bedeutet, dass das, was übrigbleibt, horrend teuer sein wird.

Es wird keinen anderen Ausweg geben. Der polnische Lebensmittelmarkt ist nicht vom Weltmarkt abgekoppelt. Wenn wir dieses Getreide nicht liefern, wird es verderben oder zurückbleiben und wir werden diese 20 Millionen Tonnen verlieren. Es wird zu einer Verknappung auf dem Markt kommen, was zu einem Anstieg der Getreidepreise führen wird. Obwohl wir als Land Selbstversorger sind, werden die Weizenpreise auch in unserem Land steigen. Das wird die Reaktion sein. Die Produzenten werden sehen, dass es sich vielleicht nicht lohnt, es in Polen zu verkaufen, weil der Preis zu niedrig ist, also werde ich es irgendwo an der Börse für mehr verkaufen.

Das heißt, da Weizen ein Grundelement in vielen Produkten ist, wie ich mir denken kann, führt das dazu, dass diese Produkte automatisch auch teurer werden.

So wird es sein.

Ich muss zugeben, Herr Professor, dass Sie mir Kopfzerbrechen bereitet haben.

Wir haben es mit zwei Katastrophen zu tun. Die Pandemie und der Krieg in der Ukraine. Die Kosten dieser Katastrophen werden sich nicht nur auf die 150 000 Polen beschränken, die in den letzten zwei Jahren aufgrund des Versagens der Regierung, die Pandemie angemessen zu bekämpfen, zu viel gestorben sind. Sie wird sich auch nicht auf die Ukrainer beschränken, die während des Krieges gefallen sind. Die

wirtschaftlichen Probleme werden sehr groß sein, und das ist keine Frage, die in weiter Ferne liegt, sondern eine, die näher als in weiter Ferne liegt. Wir haben einige schwierige Jahre vor uns.

Zsfg.: AV

<https://www.onet.pl/informacje/onetiadomosci/zboze-z-ukrainy-w-polsce-jest-jeszcze-cos-o-czym-sie-niemowi/g3fvglz,79fcf278>

Internationaler Bericht. Das Gemetzel von Wolhynien und der Blutsonntag. Wie wird das Thema heute behandelt?



Quelle: [wikimedia.org](https://commons.wikimedia.org)

Von **Witold Jurasz**

Ist es möglich, an Wolhynien zu erinnern und gleichzeitig pro-ukrainisch zu sein? Die nächste Folge des „International Reports“ beginnt mit einer solch schwierigen Frage. Nach Ansicht unseres Gastes kann die Geschichte, selbst eine so dramatische Geschichte, nicht gleichzeitig die Gegenwart und unsere Zukunft beeinflussen. Witold Jurasz‘ Gast im Podcast „International Report“ war Prof. Grzegorz Motyka, ein polnischer Historiker, der sich unter anderem auf die polnische Widerstandsbewegung während des Zweiten Weltkriegs und die polnisch-ukrainischen Beziehungen spezialisiert hat.

Der Jahrestag des Blutsonntags. Die Auswirkungen des Gemetzes in Wolhynien auf die heutige Zeit

Am 11. und 12. Juli 1943 startete die Ukrainische Aufständische Armee [UPA] einen koordinierten Angriff auf die polnischen Einwohner von 150 Dörfern in Wolhynien. Dies war der Höhepunkt einer seit Anfang 1943 andauernden Verfolgungswelle gegen Polen, der in Wolhynien und Ostgalizien rund 100 000 Menschen zum Opfer fielen.

Die Täter der Verbrechen in Wolhynien waren die Organisation der ukrainischen Nationalisten – die Fraktion von Stepan Bandera, die ihr unterstellte Ukrainische Aufständische Armee und die ukrainische

Bevölkerung, die sich an der Ermordung ihrer polnischen Nachbarn beteiligte. Die OUN-UPA bezeichnete ihr Vorgehen als „antipolnische Aktion“. Hinter dieser Bezeichnung verbarg sich die Absicht, die Polen zu ermorden und zu vertreiben.

Die Verbrechen an den Polen wurden oft mit beispielloser Grausamkeit durchgeführt: Sie wurden bei lebendigem Leib verbrannt, in Brunnen geworfen, mit Äxten und Heugabeln bearbeitet, die Opfer wurden vor dem Tod raffiniert gefoltert und Frauen vergewaltigt.

Insgesamt wurden an 1865 Orten in Wolhynien Verbrechen gegen Polen begangen. Die größten Massaker wurden in Wola Ostrowiecka verübt, wo 628 Polen ermordet wurden, in der Kolonie Gaj - 600, in Ostrówki - 521, Kolodnie - 516.

Im Podcast „International Report“ diskutierte Witold Jurasz mit Professor Grzegorz Motyka über das Massaker in Wolhynien. Nach Ansicht des Historikers sollten selbst die dramatischsten Ereignisse der Vergangenheit keinen Einfluss auf die Gegenwart und die Zukunft der polnisch-ukrainischen Beziehungen haben.

„Selbst die dramatischsten Ereignisse der Vergangenheit, selbst sehr scharf formulierte Meinungsverschiedenheiten bei der Bewertung dieser Vergangenheit, sollten nichts an der polnischen Politik gegenüber der Ukraine ändern, die wir heute verfolgen und die Polen und Polen sehr gut umsetzen“, sagte Prof. Grzegorz Motyka im Podcast.

„Die Ukraine, die Ukrainer sollten mit allen Mitteln unterstützt werden, um ihre Grundrechte zu verteidigen und ihren unabhängigen Staat zu erhalten. Ich habe mich entschlossen, an diesem Gespräch teilzunehmen, nicht um etwas an dieser Politik zu ändern, sondern im Gegenteil, um zu beweisen, dass die in radikal nationalistischen Kreisen verbreiteten Gerüchte, das Thema des polnisch-ukrainischen Konflikts während des Zweiten Weltkriegs, das Wolhynien-Massaker, unterliege der Zensur, unwahr sind“, sagte der Historiker.

Wolhynisches Gemetzel und die Verantwortung von Bandera. Der Historiker erklärt

„Es wurden viele wissenschaftliche Arbeiten veröffentlicht, es gibt den Film von Smarzowski, es gibt viele literarische Werke. Wir sollten uns keine Selbstzensur auferlegen, aber in einer so schwierigen Zeit für die Ukrainer sollten wir versuchen, bei unseren Einschätzungen und Urteilen Zurückhaltung zu üben“, fuhr Prof. Motyka fort und sprach über die Auswirkungen des Wolhynien-Massakers auf die aktuellen Beziehungen zwischen Polen und Ukrainern.

Der Podcast ging auch auf die Verantwortung von Stepan Bandera ein, der von 1941 bis 1944 zunächst in einem deutschen Gefängnis und dann in einem Konzentrationslager inhaftiert war. Im letzten Fall unterschieden sich die Bedingungen, unter denen er festgehalten wurde, jedoch grundlegend von denen, die wir normalerweise mit Konzentrationslagern assoziieren, und glichen eher einem komfortablen Gefangenentaler. Unter Historikern ist umstritten, ob Bandera in dieser Zeit mit seiner Organisation in Kontakt stand und somit Einfluss auf die Ausrottung der Polen hatte.

„Bandera kann nicht direkt verantwortlich gemacht werden. Er trägt die Verantwortung für das, was zwischen September 1939, als er aus einem polnischen Gefängnis entlassen wurde, und dem Sommer 1941, als er in einem deutschen Konzentrationslager interniert wurde, geschieht, und hatte zwangsläufig keinen Einfluss auf das, was in der Organisation geschah“, erklärte Professor Grzegorz Motyka im Podcast „International Report“.

„Er ist sicherlich nicht direkt verantwortlich, aber er ist moralisch und politisch verantwortlich. Diese Aktion wurde in seinem Namen durchgeführt, und er hat dazu nicht Stellung genommen, und ich gebe offen zu, dass es mich sehr überraschen würde, wenn sich Bandera jemals kritisch dazu geäußert hätte“, fügte der polnische Historiker hinzu.

Zsfg.: JP

<https://www.onet.pl/informacje/onetiwiadomosci/rocznica-krwawej-niedzieli-jak-rzez-wolynska-wplywa-na-terazniejszosc/r9xp6fw,79cfc278>

Die Postboten werden schießen. Die polnische Post führt ein Programm „Zu den Waffen“ für ihre Mitarbeiter ein



Quelle: wyborcza.biz

Die polnische Post ist zunehmend bewaffnet. Postboten werden ermutigt, das Schießen zu lernen und sich den Territorialen Verteidigungskräften anzuschließen. Es wird bedrohlich eine Postsendung zu empfangen. Der Beschluss Nr. 138/2022 des Verwaltungsrats des Betreibers, der am Donnerstag, den 7. Juli, veröffentlicht wurde, ist kurz, aber sehr kämpferisch: „Das Programm ‚Zur Waffen‘ für die Mitarbeiter von Poczta Polska S.A. wird eingeführt“.

Weiter heißt es: „Der Zweck des Programms ist: 1) den Mitarbeitern von Poczta Polska S.A. die Teilnahme an einem Schießtraining zu ermöglichen; 2) sie mit den Sicherheitsregeln im Umgang mit Waffen vertraut zu machen; 3) den Mitarbeitern von Poczta Polska S.A. grundlegende Schießfertigkeiten zu vermitteln“. Jeder kann schießen – sei es ein Briefträger oder ein Angestellter am Schalter. Jeder Mitarbeiter des Betreibers kann sich bewerben. Ausgeschlossen sind nur Personen, die bereits in der Vergangenheit geschossen haben: Sicherheitskräfte, Personen mit Waffenschein und Mitglieder von Schützenvereinen.

„Soll ich auf die Kunden am Schalter schießen?“

Offen gegen die Idee des Vorstands will sich niemand äußern. Denn, wie wir hören: „Niemand wird Selbstmord begehen“. Nur noch die einzigen richtigen Ansichten sind in der Post willkommen. Jede Abweichung hiervon wird als Ketzerei betrachtet.

Ein (anonymer) Gewerkschafter macht jedoch aus seiner Empörung keinen Hehl. „Man kann davon ausgehen, dass das Unternehmen zu den - in letzter Zeit lautstarken - verschiedenen Programmen des Ministers Mariusz Błaszczyk passt, da der Präsident der polnischen Post, Tomasz Zdzikot, ein freundschaftliches Verhältnis zu ihm pflegt und er persönlich von der Armee fasziniert ist. Es ist nur so,

dass sich die Unternehmensleitung in einer Zeit, in der die polnische Post mit tausenden anderen Problemen konfrontiert ist, wie z.B. dem Arbeitskräftemangel und der Tatsache, dass mehr als 55 % der Beschäftigten ein Grundgehalt unterhalb des Mindestlohns beziehen, mit Ersatzthemen beschäftigt und dafür nicht wenig Geld ausgeben wird. Und höchstwahrscheinlich werden die Schießstände, die mit der PiS „befreundet“ sind, gutes Geld verdienen können“, sagt der Gewerkschafter wütend.

Auch die Arbeitnehmer sind – gelinde gesagt – nicht begeistert von dem neuen Programm und den neuen Bildungsmöglichkeiten. „Ich frage mich, wozu ich diese Schießkünste brauchen werde. Ich bin 55, in fünf Jahren gehe ich in Rente und was soll ich dann tun, auf die Kunden am Fenster schießen?“

Das ist tatsächlich ein Problem – das Durchschnittsalter bei der Post liegt bei 45 Jahren, es ist also kaum „militärisch“.

Ein anderer Arbeitnehmer gibt zu, dass er lieber eine Gehaltserhöhung als ein Gewehr in der Hand hätte. „Die nächste Idee wird wahrscheinlich sein, dass wir Kunden in Uniform empfangen“, sagt er ironisch.

Doch nicht alle beschweren sich. „Und ich würde gerne schießen üben. Normalerweise kann ich es mir nicht leisten, einen Schießstand zu mieten, aber auf diese Weise kann ich umsonst schießen. Das ist ein schöner Sport“, sagt ein anderer Postangestellter.

Waffen und Munition werden von der polnischen Postschutzzentrale zur Verfügung gestellt. Die Kurse werden unter Aufsicht von „qualifizierten Schießausbildern durchgeführt, die den Teilnehmern den Umgang mit den vorgestellten Waffen und das Schießen beibringen“. Die vierstündigen Schulungen finden in der Freizeit statt.

Die Post geht Hand in Hand mit Territorialen Verteidigungskräften [WOT]

Das Erlernen des Schießens ist ein weiterer Schritt zur Militarisierung der Postangestellten. Für den Fall eines Krieges hat der Betreiber seine Aufgaben bereits bekommen – nur mehr logistisch als defensiv: Die Verteilung der Mobilisierungskarten stützt sich auf das Postamt.

Seit Ende April gibt es hier ein eigenes Programm „Schulter an Schulter mit der WOT“. „Für Mitarbeiter, die in den Territorialen Verteidigungskräften dienen und an dem Programm teilnehmen, bietet die Polnische Post die Möglichkeit, an attraktiven, vom Arbeitgeber organisierten Schulungen teilzunehmen, z.B. in den Bereichen Schießen, Erste Hilfe oder Cybersicherheit.“

Und das ist noch nicht alles.

Postangestellte, die in den Reihen der WOT dienen, erhalten außerdem Mittel für sportliche Aktivitäten, „zusätzliche zwei Tage Arbeitsbefreiung unter Beibehaltung des Anspruchs auf Vergütung in einem bestimmten Kalenderjahr, und Abwesenheiten von der Arbeit, die in direktem Zusammenhang mit dem territorialen Militärdienst stehen, wirken sich nicht auf die Höhe der Prämie aus“.

Diese Mitarbeiter können sogar Lebensversicherungen zu Vorzugskonditionen abschließen und erhalten Ermäßigungen bei der Buchung von Plätzen in posteigenen Resorts und Gästezimmern im ganzen Land, auch in Touristenattraktionen.

Diese engen Beziehungen zwischen der Post und der Armee sind das Ergebnis der Karriere ihres derzeitigen Präsidenten, Tomasz Zdzikot.

Wer ist Tomasz Zdzikot?

Als er von seinem Posten als Staatssekretär im Verteidigungsministerium (er sollte die Briefwahlen organisieren) zum Amtsinhaber wechselte, wusste er überhaupt nichts über die Post. Es störte es ihn nicht, schließlich hat Zdzikot auf seiner Website ein Zitat von Albert Einstein eingefügt: „Jeder weiß, dass etwas nicht getan werden kann, bis sich ein Unwissender findet, der nicht weiß, dass es nicht getan werden kann, und er tut es.“

[...]

Die Amtszeit von Zdzikot hat bei der Post wenig zum Besseren verändert. Die finanzielle Lage des Betreibers ist sehr schlecht.

Im Jahr 2020 verzeichnete die polnische Post trotz einer gigantischen Subvention von fast 420 Mio. PLN einen Verlust von 117,1 Mio. PLN (Im Jahr 2019, unter der alten Leitung, wurde ein Gewinn von 25,6 Mio. PLN erzielt). Das finanzielle Ergebnis ist eine Sache. Vor allem aber ist das Betriebsmodell des Unternehmens stark veraltet.

Die Kurierdienste sind nicht das einzige Problem von der polnischen Post. Das Netz von bereits 17 Tausend Paketautomaten raubt dem nationalen Betreiber den Sauerstoff, d.h. die Abwicklung der rentabelsten Tätigkeit – des elektronischen Handels. Heute lebt die Post von Briefen. Und es ist unmöglich, davon langfristig zu leben.

[...]

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.biz/biznes/7,147743,28677052,listonosze-beda-strzelac-poczta-polska-wprowadza-dla-pracownikow.html>

Brüssel: Zu viel Macht in den Händen von Ziobro



Quelle: wyborcza.pl

Die Europäische Kommission hat am Mittwoch ihre jährlichen Bewertungen des Zustands der Rechtsstaatlichkeit in den 27 EU-Ländern vorgelegt, die eine „warnende“ Ergänzung zu den üblichen Aktivitäten Brüssels im Rahmen der Verfahren gegen Verstöße, des Verfahrens nach Artikel 7 und der Verpflichtungen aus den Nationalen Wiederaufbauprogrammen darstellen sollen, die im Falle Polens auch das Gerichtswesen betreffen.

„Der diesjährige Bericht erscheint in einem außergewöhnlichen geopolitischen Kontext. Putin gefiel es nicht, dass sich die Ukraine auf dem Weg zu einem demokratischen Staat befindet. Indem wir zur Aufrechterhaltung der Rechtsstaatlichkeit in der Ukraine beitragen, können wir nur glaubwürdig bleiben, wenn wir unser eigenes Haus in Ordnung bringen. Und das bedeutet, dass wir unsere eigenen Herausforderungen angehen und verhindern müssen, dass sich Probleme aufbauen“, argumentiert Vera Jourová, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission.

Dudas Gesetzentwurf ist nicht ausreichend

Jourová sagte Ende Juni, dass das „Duda-Gesetz“, das diese Woche in Kraft tritt, nicht ausreiche, um Zahlungen aus der Nationalen Wiederaufbauplan freizugeben. Und während die Kommission feststellt, dass eine detaillierte Bewertung des neuen polnischen Gesetzes, das unter anderem die Abschaffung der Disziplinarkammer vorsieht, noch im Gange ist, wurden dessen Unzulänglichkeiten kurz nach Jourová auch von Ursula von der Leyen bestätigt. „Das neue Gesetz gibt den Richtern nicht die Möglichkeit, den Status eines anderen Richters in Frage zu stellen, ohne dass dies als Disziplinarvergehen geahndet werden kann. Dies sind Fragen, die gelöst werden müssen, um [Polens] Verpflichtungen zu erfüllen und die erste

Zahlung freizugeben“, sagte die Chefin der Europäischen Kommission. Dies ist eine heikle Angelegenheit, da es darum geht, die Unabhängigkeit der Neo-Richter zu überprüfen, die unter Mitwirkung des politisierten Nationalen Justizrates ernannt werden.

Vor einer Gruppe von Korrespondenten in Brüssel wies Jourova die Anschuldigungen von Präsident Andrzej Duda zurück, ihre Kritik sei ein ideologisch motivierter Angriff. „Es war nicht ideologisch, sondern aus juristischer Sicht“, sagte Jourova und betonte, dass es sich dabei vorerst um ihre eigene Einschätzung handele, da die Europäische Kommission aufgrund ihrer laufenden Prüfung des „Duda-Gesetzes“ noch keine offizielle Position formuliert habe. „Das Gesetz, das Präsident Duda vorgelegt hat, war der erste Schritt in die richtige Richtung seit sieben Jahren. Es ist eine Reaktion auf den unerträglichen Fall der Disziplinarkammer. Aber gleichzeitig kann es niemanden überraschen, dass ich alle erforderlichen Garantien dafür fordere, dass polnische Richter nicht aufgrund des Inhalts ihrer Entscheidungen disziplinarisch belangt werden“, erklärt Jourova. Sie betont, dass die Wiederaufbau-Mittel an Polen, das den Ukrainern so sehr hilft, gehen sollten. „Aber, wenn es schon Bedingungen [im Nationalen Wiederaufplan] gibt, sollten diese vollständig erfüllt werden. Ich denke, das ist logisch“, betont Jourova. Die umstrittenen Bestimmungen zur Überprüfung des Status von Richtern, auf die Jourova und von der Leyen hinwiesen, sind einer der Punkte der Schutzmaßnahmen des EuGHs, deren Verletzung eine Strafe für Polen nach sich zieht, die jeden Tag um eine weitere Million Euro steigt (inzwischen sind es über 250 Millionen Euro) und sukzessive von den Überweisungen aus dem EU-Haushalt abgezogen wird. Eine Aussetzung der umstrittenen Bestimmungen des Maulkorbgesetzes würde ausreichen, um den Strafzähler zu stoppen, aber es ist unklar, ob z.B. eine Aussetzung für die Zwecke Nationalen Wiederaufbauplans ausreichen würde. Nach unseren Gesprächen in Brüssel ist es jedoch nicht ausgeschlossen, dass keine Änderung des „Duda-Gesetzes“ selbst erforderlich wäre.

Polens Problem mit der Staatsanwaltschaft von Ziobro

In ihren Empfehlungen an Polen, die den am Mittwoch veröffentlichten Berichten zur Lage der Rechtsstaatlichkeit beigelegt sind, betont die Europäische Kommission - neben der Forderung, den Urteilen des EuGHs nachzukommen - die Notwendigkeit, die Funktionen des Justizministers und des Generalstaatsanwalts (derzeit ist dies Zbigniew Ziobro) zu trennen, d.h. die Unabhängigkeit der Tätigkeit der Staatsanwaltschaft von der Regierung sicherzustellen. „Es gibt immer noch Bedenken hinsichtlich der institutionalisierten Korruption und der Gefahr der Straffreiheit, die durch die ungleiche Behandlung von Korruptionsfällen aus politischen Gründen entsteht. Diese Bedenken sind auf den zunehmenden Einfluss der Exekutive auf Justiz, Staatsanwaltschaft und Polizei zurückzuführen“, schreiben die Experten der Kommission. Die Europäische Staatsanwaltschaft führt derzeit 23 Ermittlungen in Polen durch, aber die polnische Staatsanwaltschaft weigert sich, in dieser Angelegenheit zu kooperieren.

Darüber hinaus fordert die Kommission eine Lösung für das Problem der „weitreichenden Immunität von Führungspersonal“ sowie den Verzicht auf gesetzliche „Straffreiheitsklauseln“ (es begann damit, Beamte während der Pandemie von der straf- und disziplinarrechtlichen Verantwortung im öffentlichen Auftragswesen freizustellen). Polen sollte seine Lobbying-Gesetze überarbeiten, ein standardisiertes Online-System für Vermögenserklärungen von Beamten und Abgeordneten einführen und „systematischere Folgemaßnahmen“ nach den Prüfungen des Nationalen Rechnungshofes ergreifen.

Die Europäische Kommission empfiehlt Polen, die europäischen Standards im Bereich der öffentlich-rechtlichen Medien einzuhalten und, unter Hinweis auf die Probleme von TVN 24, transparente und nichtdiskriminierende Regeln für Rundfunkkonzessionen einzuhalten. „In unseren Berichten haben wir die Fälle rund um Pegasus beschrieben und dabei Polen, Ungarn, Spanien und Frankreich erwähnt. Die Rechtsstaatlichkeit erfordert, dass der Einsatz solcher Instrumente durch die Dienste der EU-Länder einer Prüfung unterzogen wird, die in vollem Einklang mit dem EU-Recht steht, einschließlich solcher Grundrechte wie dem Schutz personenbezogener Daten, der Sicherheit von Journalisten und der Meinungsfreiheit“, so Jourova.

Gibt Orban nach?

Die Empfehlungen für Ungarn betreffen ebenfalls die Unabhängigkeit der Justiz, die Freiheit der Medien und weitgehend Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung. Premierminister Viktor Orban gab vor einer Woche bekannt, dass er in den Verhandlungen über die ungarische Strafprozessordnung der

Europäischen Kommission nachgegeben und unter anderem einer Reform zugestimmt hat, die es den Richtern ermöglicht, die Staatsanwälte anzusegnen, die Ermittlungen fortzusetzen oder die Fälle an ein Gericht zu verweisen. Dies soll eine Reaktion auf die häufigen Beschwerden in der Vergangenheit über die Unterdrückung von Korruptionsfällen sein.

Laut Orban sei es gelungen, „die bestehenden Meinungsverschiedenheiten über Gender vom Geld zu trennen“. Bisher hat Budapest die fehlende Finanzierung durch das Nationale Aufbauprogramm propagandistisch mit der EU-Kritik an einem Gesetz in Verbindung gebracht, das „homosexuelle Propaganda“ in Schulen und Medien verbietet. Die Kommission hat sich bisher nicht dazu geäußert, ob Orbans „Zugeständnisse“ für die Nutzung des Nationalen Wiederaufbauplans ausreichen.

Für Deutschland empfiehlt die Kommission unter anderem, weitere Arbeit am Monitoring von Interessenvertretern, die versuchen, Einfluss auf bestimmte Gesetzesentwürfe zu nehmen. Und die Verschärfung der Bestimmungen, einschließlich der Übergangsfristen, für den Übergang von hochrangigen Beamten in die Privatwirtschaft.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,75399,28683438,ocena-brukseli-za-duzo-wladzy-w-rekach-zlobry.html>

ZITAT DER WOCHE



Quelle: wprost.pl

" Dies ist kein normales Land mehr. Hier gibt es keine Wirtschaft mehr, keine Nationalbank, kein Gesetz und keine Verfassung. Hier herrscht die Gangsterdemokratie, die Lüge regiert, und die Kriterien für eine Beförderung sind mangelnde Ehre und ein niedriger IQ."

Zbigniew Hołdys - polnischer Musiker, Dichter und Journalist

Quelle:

<https://www.facebook.com/100001190308367/posts/pfbid0kESZpBgszcYudF5BwYGtgsMLKVhdSXZAYCgmKHm8rFGNSpBvJ1Uv1uJHr7nrAChyl/>

MEDIENSPiegel – IN DER DEUTSCHSPRACHIGEN PRESSE ÜBER POLEN

tagesschau.de

Drei Jahre Haft für Abtreibungspillen?

<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/polen-abtreibung-justiz-101.html>

spiegel.de

Polen bildet Postbeschäftigte an Waffen aus

<https://www.spiegel.de/ausland/polen-beschaeftigte-der-post-sollen-freiwillige-waffenausbildung-erhalten-a-5203c415-cbb5-48af-a4b1-f44ea7fd27a9>

zdf.de

EU: Rechtsstaat in Polen und Ungarn in Gefahr

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/eu-kommission-ungarn-polen-rechtsstaat-korruption-justiz-100.html>

businessinsider.de

Nach politischem Streit um Ringtausch: Deutschland und Polen kurz vor Einigung über Panzerlieferung

<https://www.businessinsider.de/politik/deutschland/ringtausch-mit-polen-deutschland-bietet-bis-zu-25-leopard-2-panzer-an/>

fr.de

„Putin könnte sich danach entschlossen haben, in die Ukraine einzumarschieren“

<https://www.fr.de/politik/russland-selenskyj-putin-ukraine-krieg-biograf-invasion-treffen-2019-zr-91657712.html>

DEKODER auf Deutsch

<https://dekoder.com.pl/deutsch-artikel/>

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas

<https://forumdialog.eu/>

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung

<http://www.polen-und-wir.de/>

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik

Layout: Małgorzata Nierhaus